Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 7-8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Besser als sein Ruf

Vizepräsident J. Danforth Quayle ist in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit der Massenmedien gerückt. Diese bestimmen in Amerika weitgehend die politische Agenda. Sie haben Quayle ins Visier gefasst, nachdem der 67 Jahre alte Präsident Bush sich wegen Basedow'scher Krankheit mit vorübergehendem Herzmuskelflimmern ärztlich behandeln lassen muss. Die Hyperaktivität des Präsidenten ist seither zurückgebunden worden. Würde Bush ausfallen, übernähme Quayle unvermittelt das höchste Amt.

Die Massenmedien, und nach Umfragen die Volksmehrheit, melden schwere Bedenken an, ob der 44 Jahre alte Quayle für die Lösung der komplizierten Aufgaben des Präsidenten qualifiziert sei. Die Massenmedien haben an ihm 1988, als er von Bush zum Vizepräsidenten auserkoren wurde, einen unmenschlichen Rufmord begangen. Sie stellten Quayle als schwerreichen Dorftrottel hin, der sich dem Militärdienst in Vietnam entzogen habe. Nachdem sie ihn derart verunglimpft hatten, wendeten sich die Presseleute ans Volk, das ja keine andern Informationen hat, als die der Massenmedien, und fragten, ob dieses Quayle das Vertrauen schenke. Die Antworten fielen naturgemäss negativ aus.

Bush verglich die Presse damals mit einem Fischschwarm, der beim Füttern in Raserei gerät *(«feeding frenzy»)* und versuchte, sie davon abzuhalten, seinen *«runnig mate»* zu zerfetzen. Einige ungeschickte oder tolpatschige Äusserungen des Vizepräsidenten in spe gaben den Massenmedien neue Nahrung. Bushs Mitarbeiter legten ihm darauf einen Maulkorb an, was Quayle wiederum schadete. Dazu kam das jugendliche Aussehen des Politikers aus Indiana, der dem Filmschauspieler Robert Redford gleicht, aber über wenig «Charisma» verfügt.

Viele der Anwürfe gegen Quayle erwiesen sich als falsch. Er ist kein Milliardär. Sein Einkommen über das Salär hinaus belief sich im vergangenen Jahr auf 23 453 Dollar, d. h. er hat sein Kapital entweder ausserordentlich schlecht angelegt oder er verfügt nur über das, was in Basel als «Glätterinnenvermögen» bezeichnet wird. Seinen Militärdienst hat er in der Nationalgarde von Indiana abverdient, die hätte nach Vietnam geschickt werden können, was ihr aber erspart blieb. Zeitungen, welche die Dienstverweigerer und Deserteure damals lobten, kritisierten Quayle, dass er nicht an die Front gegangen ist.

Quayles Leistungen im Studium waren mässig. Aber sie reichten aus, um zum Doktor der Rechte der Indiana University promoviert zu werden. Quayle ist kein blendender Intellektueller — welcher Präsident oder Vizepräsident ist das schon —, aber auch nicht unfähig. Er hält sich im Durchschnitt der Senatoren. Er war nach Wahlsiegen als Underdog vier Jahre im Repräsentantenhaus und acht Jahre im Senat, bevor ihn Bush an seine Seite holte. Die Attacken gegen ihn waren 1988 und wieder in diesem Frühjahr so grotesk, dass selbst die demokratischen Senato-

ren Joe Biden, Ted Kennedy, Dennis DeConcini, Paul Simon und Patrick Leahy Quayle in Schutz nahmen, zusammen mit dem Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, Thomas S. Foley. Der Ombudsman der *«Washington Post»* übte Selbstkritik für seine Zeitung.

In der Presse ist ein Umschwung zu verzeichnen. Nach dem ersten Geschrei über die Unfähigkeit Quayles nach der Erkrankung Bushs, erschienen zahlreiche Artikel, die meisten allerdings von jüngeren Konservativen geschrieben, welche seine Arbeiten im Kongress und als Vizepräsident würdigten. Die negative Wertung in den Meinungsumfragen verminderte sich. Gleichzeitig blieb die Kritik an der Presse wegen ihrer bissigen Haltung gegnüber Quayle auf über 50 Prozent bei den Polls. Möglicherweise hat Quayle seinen Tiefpunkt in der Popularität überschritten.

Der Posten eines Vizepräsidenten gibt wenig Möglichkeiten, sich zu entwickeln. Der Vizepräsident muss sein Licht unter den Scheffel stellen und unbedingte Loyalität gegenüber dem Präsidenten zeigen. Nach der Verfassung hat er nur zwei Aufgaben zu erfüllen, nämlich bereitzustehen, um den Präsidenten zu ersetzen, falls dieser sterben sollte, und ferner, den Senat zu präsidieren. Als Vizepräsident ist er Teil der Exekutive, als Senatspräsident Teil der Legislative. Alle Senatsgeschäfte werden jedoch vom Fraktionsführer der Mehrheit in Zusammenarbeit mit dem der Minderheit erledigt, z.B. die Aufstellung der Traktanden und die Besetzung der Kommissionen. Der Senatspräsident nimmt daran nicht teil. Er gibt nur bei Stimmengleichheit im Senat den Stichentscheid. Versuche von Präsidenten, zuletzt Jimmy Carter, durch den Vizepräsidenten (Mondale) Einfluss auf den Kongress zu gewinnen, sind immer gescheitert; vom Capitol aus gesehen gehört der Vizepräsident der Exekutive an.

Der Vizepräsident sitzt also verfassungsgemäss auf der Wartebank. Alle Vizepräsidenten seit John Adams haben die Funktionsarmut ihres Amtes mit bitteren Worten beklagt. Sie haben praktisch nur Aufgaben zu erfüllen, die ihnen der Präsident überträgt. Alle Präsidenten sorgen dafür, dass ihre Vizepräsidenten nicht einen eigenen Schatten werfen. Bush kann darüber ein Lied singen, wurde er doch von Reagan so zurückgebunden, dass er einigen Kommentatoren als «Schlappschwanz» oder als «Schosshund» erschien. Bush erlaubt Quayle Zugang zu ihm, indem er ihn einmal pro Woche zum Lunch einlädt und auch an allen wichtigen Beratungen teilnehmen lässt.

Bush hat Quayle den Vorsitz im «Council on Competivity» übertragen, wo er zusammen mit dem von ihm wiederbelebten «Office of Information and Regulatory Affairs» im «Office of Management and the Budget», den Kampf gegen unnötige und bedrükkende Reglemente führt. Quayle ist auch Vorsitzender des «National Space Council», von dem aus er die Weltraumstation der NASA verteidigt, welcher eine Kongresskommission den nervus rerum abschneiden will.

Im Senat hatte sich Quayle durch genaue Kenntnisse in Fragen der Raumforschung und der Rüstung ausgezeichnet. Er hatte dem Vertrag über die «Intermediate-Range Nuclear Forces» (INF) erst zugestimmt, nachdem die Regierung wichtige Punkte klargestellt hatte. Quayle war es auch gelungen, das «Patriot»-System vor Budgetkürzern zu retten, ebenso den «Aerospace Jet», der in zwei Stunden

nach Tokio fliegen soll. Seine wichtigste Tat war die Durchsetzung der «Job Training Partnership Act» von 1982 als Ersatz für die diskreditierte «Comprehensive Education and Training Act» (CETA). Quayle arbeitete eng mit Ted Kennedy zusammen und liess sich auch durch eine sehr kühle Reaktion Präsident Reagans nicht abschrecken. Die Leistungen stechen nicht in die Augen; aber sie sind nicht gering.

Als Vizepräsident hat sich Quayle mit einem wirksamen Stab umgeben. Politisch nimmt er in der Regel eine konservative Position ein, und er hat auf der rechten Flanke der Republikanischen Partei eine kleine Hausmacht gesammelt. Die Demokraten hatten 1988 versucht, die Präsidentenwahl in ein Referendum über den Vizepräsidenten umzufunktionieren. Das ist ihnen missglückt. Der Vizepräsident gewinnt oder verliert erfahrungsgemäss bloss etwa zwei Prozent der Stimmen für das «ticket».

Würde Präsident Bush Quayle für die Wahlen von 1992 durch eine andere Persönlichkeit ersetzen, käme das einem Eingeständnis gleich, dass er sich 1988 bei der Auswahl von Quayle geirrt hat. Dazu ist Bush nicht bereit. Er hat Quayle mehrmals sein Vertrauen ausgesprochen und ihm zugesagt, dass er ihn über das nächste Wahljahr hinaus als Vizepräsidenten behalten werde. Quayle würde damit eine günstige Startposition für 1996 erhalten. Von zehn der letzten Vizepräsidenten errangen fünf die Präsidentschaft — Truman, Johnson, Nixon, Ford und Bush — und zwei weitere wurden von ihrer Partei zu Kandidaten erkoren. Niemand kann ausschliessen, dass auch Quayle dereinst ins Weisse Haus einziehen wird.

Hans E. Tütsch

Kasten- und Religionskonflikte in Indien

Traditionelle Zerwürfnisse — neue Krisen

Bei Diskussionen über die politische und gesellschaftliche Entwicklung Indiens seit Erlangung der Unabhängigkeit vor bald fünf Jahrzehnten taucht auf indischer Seite häufig das Argument auf, dass die politische Stabilität des Landes, insbesondere sein für ein Land der «Dritten Welt» beispielloser Ausweis an demokratischer Kontinuität, eine Folge der jahrtausendealten Führungserfahrung der indischen Eliten sei. Indien hatte in der Tat stets eine numerisch sehr grosse Bevölkerung, von der bei gleichzeitig immensem Reichtum einer kleinen Schicht die überwältigende Mehrheit in bitterer Armut dahinvegetierte. Bereits in frühen Reiseberichten taucht die Frage auf, wie sich denn diese Massen regieren liessen. In jüngerer Zeit stellte sich häufig Erstaunen darüber ein, dass in Indien der Kommunismus keine stärkere Gefolgschaft mobilisieren konnte, ja, dass das Land nicht den chinesischen Weg eingeschlagen hatte.

Eine Erklärung für die offensichtliche Sonderentwicklung des Subkontinents lässt sich in den Strukturen der

indischen Gesellschaft, vor allem in der religiösen und kastenmässigen Vielfalt des Landes finden. Nicht erst im 19. Jahrhundert, als die britische Herrschaft sich vom Kommerz der East India Company zum viktorianischen Imperium wandelte, das in zivilisatorischer Mission religiöse Missstände und Auswüchse des Kastenwesens zu bekämpfen begann, fühlten sich Ausländer stets von den Geheimnissen der indischen Gesellschaftsstruktur angezogen, vereinzelt in positivem, mehrheitlich jedoch in scharf ablehnendem Sinne.

Kastenwesen und Religion

Sozialgeschichtlich gesehen entsprechen die indischen Kasten dem, was sich Jahrhunderte später in Europa als Zunftwesen herausgebildet hat. Den Kasten liegt eine Berufs- und Arbeitsteilung zugrunde, die im Unterschied zum Zunftwesen jedoch mit religiösen Ritualen und Verhaltensregeln verknüpft ist. Zwar gibt es auch im Zunftwesen eine klare soziale Hierarchie unter den Berufsständen sowie das Prinzip der beruflichen Erbschaftsfolge, doch fehlt hier die sozial-religiöse Diskriminierung aufgrund der Berufsausübung. Der Abdecker nahm in den mittelalterlichen Gemeinschaften Europas zweifellos eine sozial sehr niedrige Stellung ein, er wurde jedoch in religiöser Hinsicht von der Kirche nicht zum Unberührbaren erklärt. In den Evangelien wird vielmehr die soziale Integration der marginalisierten, sozial geächteten Bevölkerungsschichten mit Nachdruck propagiert.

Demgegenüber greift der Hinduismus direkt in die soziale Hierarchie ein, indem er gewisse Berufsarten als unrein, als mit einer seinen Grundwerten verpflichteten Lebensführung unvereinbar erklärt. Dies betrifft in erster Linie all jene Berufe, die mit der Tötung von Tieren oder mit der Behandlung von tierischen Produkten, die das Töten voraussetzten, zu tun haben. Daraus lässt sich beispielsweise die soziale Ausgrenzung von lederverarbeitenden Berufen erklären. Doch die Diskriminierung greift weiter, gehören doch auch Berufe, die nichts mit tierischen Produkten zu tun haben, wie beispielsweise Weberei und Bergbau zu den diskriminierten Kasten.

In der Rangordnung der Kasten spiegelt sich das Bemühen, archaische Strukturen der Gemeinschaften über Generationen und Zeiten hinweg zu verankern, wider: Priesterkaste, Kriegerkaste, Händlerkaste und Bauerntum. Aus zeitgenössischer Sicht bedeutungsvoll ist, dass diese Kastenordnung nie gleichbedeutend war und auch heute nicht gleichbedeutend ist mit ökonomischen Strukturen. Die Priesterkaste, die Brahmanen, gehören nicht zu den wirtschaftlich privilegierten Schichten der Bevölkerung. In zahllosen Fällen bedürfen sie derselben Hilfe wie marginalisierte Kasten.

Doch der fundamentale Unterschied zum Zunftwesen und zur aus der Industrialisierung erwachsenden Klassenstruktur der europäischen Gesellschaft ist die abschliessende Determiniertheit der Kastenzugehörigkeit durch die Geburt. Sie steht als Auszeichnung beziehungsweise als Stigma lebenslänglich fest. Darin kommt die Metaphysik des Hinduismus, sein Glaube an die Wiedergeburt zum Ausdruck. Das ganze Gebäude der Bestrafung und Belohnung von Handlungen in diesem Leben hängt von der Lebenslänglichkeit der Kastenzugehörigkeit ab. Aus dem, was aufgrund des vorhergehen-

den Lebenswandels zu verantworten ist, kann es kein Entrinnen geben.

Die gandhische «Revolution»

Die politische Stabilität des unabhängigen Indien ist kein Zufall. Sie hat ihre Basis im besonderen Charakter des indischen Unabhängigkeitskampfes, sowohl was dessen Führung durch die Inder als auch die Reaktionen der britischen Kolonialherren betriff. Der Weg in die Unabhängigkeit war von der Gründung des Indian National Congress Ende des 19. Jahrhunderts an durch politischen Kampf, aber nicht durch Terrorismus geprägt. Dieser politische Kampf hatte eine pragmatische, utilitaristische Komponente, verkörpert in der Führung der Kongressbewegung in *Nehru, Patel* und *Maulana Azad,* und eine idealistische, ethische, verkörpert in *Mahatma Gandhi.* Das Symbol des nationalen Unabhängigkeitskampfes sind nicht glorreiche revolutionäre Generäle, sondern die mit einem Lendentuch bekleidete, gebückte und zerbrechliche Gestalt des Mahatma!

Für Gandhi war das Ziel des Kampfes gegen den «British Raj» nicht allein die Erlangung der nationalen Souveränität Indiens innerhalb der internationalen Völkergemeinschaft. Ihm ging es in erster Linie um eine moralische Erneuerung Indiens, die zu verwirklichen er richtigerweise nur durch die Befolgung des Prinzips der Gewaltlosigkeit im Unabhängigkeitskampf für möglich erachtete. In einer Gesellschaft, die wie die indische sehr stark durch Religion geprägt wird, muss es bei einer moralischen Erneuerung primär um die Bekämpfung rückständiger religiöser Praktiken gehen. Gandhi hat den Hinduismus nicht verworfen, er hat bei seinem Kampf für religiöse Toleranz auch nicht den agnostischen Säkularismus Nehrus geteilt. Ihm lag daran, den Hinduismus von Fehlentwicklungen zu säubern, zu denen an erster Stelle das Übel des Kastenwesens, insbesondere die soziale und ökonomische Diskriminierung der Kastenlosen gehören musste.

Vor diesem Hintergrund reicht Gandhis Wirken einerseits weiter und anderseits weniger weit als die klassischen Revolutionen der europäischen Geschichte. Im religiösen Bereich steht er in der Tradition der grossen Reformer des Hinduismus, eines *Raja Ram Mohan Roy* oder eines *Swami Vivekananda.* Auf dem politischen Feld hat Gandhi demgegenüber Neuerungen bewirkt, die viel näher bei einer revolutionären Umwälzung als bei einer Reform liegen. Im Verfassungsprozess und in der Arena des politischen Machtkampfes im unabhängigen Indien hat *Ambedkar* die Realisierung der konkreten Anliegen der Kastenlosen erreicht. Mahatma Gandhi konnte diese Zielen nicht nur wegen seines frühen Todes, sondern auch wegen seiner generellen Skepsis gegenüber der Macht- und Parteipolitik nicht erreichen. Doch hat die religiöse, philosophische und sozialreformerische Vorarbeit Gandhis überhaupt erst den Weg geebnet für die Integration der Anliegen der Kastenlosen in den politischen Prozess der Konstituierung der Indischen Union.

Das Erbe Gandhis

Als der Bengale Raja Ram Mohun Roy im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts seinen Kampf gegen das Unwesen der Witwenverbrennung führte, konnte

er auf die Unterstützung durch eine in diesem Bereich aufgeklärte Kolonialverwaltung zählen. Zwar hatten die Briten auch bei Exzessen der Kastenherrschaft gelegentlich korrigierend eingegriffen, doch hatten sie das System als solches nicht in Frage gestellt. Zum einen entsprang diese Haltung einer pragmatischen Einschätzung der rein numerischen Kräfteverhältnisse auf dem Subkontinent, den die Briten mit einem Minimum an Militär und Kolonialbeamten unter Kontrolle hielten. Zum andern hatten die Briten aber auch die Nützlichkeit des Kastensystems für ihr Regierungsprinzip des Teilens und Herrschens entdeckt, das sie in verschiedensten Kolonien erfolgreich angewendet haben. Die Rivalitäten zwischen den Kasten, die oft zwischen Indern ein höheres Mass an Misstrauen und Ressentiments entstehen liess, als gegen die ausländischen Kolonialherren, erlaubten es, Abhängigkeiten zu schaffen oder gar ein vitales Interesse am Weiterbestehen der britischen Herrschaft heranzubilden.

Unter diesen Umständen sind Gandhis Erfolge im Kampf gegen kastenbedingte Missstände um so bemerkenswerter. Als Indien 1947 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, gab es keine nennenswerte politische Kraft mehr, die nicht die Bekämpfung von kastenbedingten Diskriminierungen auf ihr Banner geschrieben hatte. Der Einsatz für die Harijans, die Unberührbaren, wurde politisches Gemeingut, die konstitutionelle Verankerung von Quoten, die der sozialen Besserstellung von Harijans dienen sollten und von der Sonderzuteilung von parlamentarischen Vertretungen bis zur Reservierung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen reichten, stiess auf keine nennenswerte Opposition.

Eine Bilanz der Errungenschaften für die soziale und wirtschaftliche Emanzipation der Kastenlosen im unabhängigen Indien kommt, vier Jahrzehnte nach Gandhis Tod, nicht umhin, auch einige negative Aspekte von Gandhis Erbe zu beleuchten. Die von der Verfassung dekretierte Sonderbehandlung der Harijans hat im wesentlichen drei Fehlentwicklungen gefördert. Zunächst hat die Quotenregelung die Integration des Kastenlosen in die indische Gesellschaft nicht beschleunigt. Im Gegenteil, da es im Falle öffentlich bezeugter Kastenlosigkeit etliche institutionelle Vorteile gibt, ziehen zahlreiche, vor allem städtische Harijans es vor, ihren diskriminierten Status beizubehalten. Zum zweiten haben Untersuchungen über die Implementierung von Quotenregelungen zugunsten von Kastenlosen ergeben, dass in den meisten Fällen, so auch beim Anwalt der Kastenlosen unter den Vätern der indischen Verfassung, Ambedkar, die Vergünstigungen einseitig unter die Angehörigen derselben Subkasten verteilt werden. Auch vertreten Harijan-Abgeordnete in der Regel nicht die gemeinsamen Interessen der Harijans, sondern diejenigen ihrer eigenen, engeren Gemeinschaft.

Missbrauch von Quotenregelungen

Die politisch folgenreichste Fehlentwicklung der Quotenregelung resultierte in der immer extensiveren Auslegung der zur Sonderbehandlung berechtigten Bevölkerungsteile. Im Durchschnitt umfasst heute ein Unterhauswahlkreis rund 800 000 Wähler, eine Grössenordnung, bei der eine direkte Beziehung zwischen Wählern und Abgeordneten wie beispielsweise

in Grossbritannien unmöglich ist. Die Kandidaten und ihre Parteimanager sind deshalb darauf angewiesen, bei der Formulierung der politischen Programme der höchst komplexen Zusammensetzung der Wählerschaft Rechnung zu tragen. Im wesentlichen geht es darum, die numerisch gewichtigen Bevölkerungssegmente auszumachen und durch eine Kombination der verschiedenen Gruppen ein Wählerpotential von 51 Prozent zu erreichen.

Was kann unter diesen Umständen näherliegen, als mittels Quotenregelungen auf Wählerfang zu gehen. Zugang zu begehrten Staatsstellen — und sei es bloss das Amt eines Türstehers in einer drittklassigen Provinzverwaltung — sowie Sondervorkehren bei der Zulassung zu Hochschulen und Universitäten, aber auch Spezialkontingente bei der Zuteilung chronisch knapper Güter- und Dienstleistungen — vom Gaszylinder bis zum Telefonanschluss —, sind starke Anreize für Wahlpräferenzen. Je grösser der Kreis derer ist, die unter Sonderquoten fallen, desto höher steigen die Wahlchancen. Politiker wetteifern darum, sich als Advokaten möglichst grosszügiger Quotenregelungen profilieren zu können. Längst ist man deshalb bei der Sonderbehandlung über die eigentlichen Harijans hinausgegangen. Neue Gruppierungen werden als sozial und ökonomisch benachteiligt ausgemacht und mittels Gesetzesänderung den Sonderregelungen unterstellt. In manchen Gliedstaaten sind heute schon mehr als die Hälfte aller Staatsstellen sowie aller höheren staatlichen Ausbildungsplätze dem freien Wettbewerb entzogen und den Angehörigen genau spezifizierter Kasten und Klassen vorbehalten.

So positiv das Bemühen erscheinen mag, durch besondere Starthilfen die Integration der traditionell benachteiligten Kasten und sozialen Gruppen in die Gemeinschaft zu erleichtern, so problematisch sind die Nebenwirkungen einer exzessiven Auslegung des Sinns von Sonderregelungen. In den letzten Jahren hat dies zu oft blutigen Auseinandersetzungen und zur Verschärfung von Kasten- und Klassenvorurteilen geführt. Leidtragende sind vor allem Angehörige der aufstrebenden Mittelschichten, eine Bevölkerungsgruppe, die insbesondere in den fortschrittlicheren Gliedstaaten West- und Südindiens prozentual wie in absoluten Zahlen stark gewachsen ist. Es bedarf keiner grossen Phantasie sich vorzustellen, welches Ausmass an Vetternwirtschaft und Korruption unter subkontinentalen Verhältnissen jeglicher Quotenregelung anhaften, so dass das Prinzip gelten kann, dass je weitreichender die Vorkehren zum Schutz von Benachteiligten sind, desto grösser der Spielraum für Missbrauch und damit für die Perversion dieses Schutzes ist.

Religion und Kasten

Die Politisierung der Quotenregelungen für marginalisierte Kasten hat indessen auch Rückwirkungen auf die Beziehungen zwischen den Angehörigen verschiedener Religionen. In der Selbstbehauptung gegenüber anderen, insbesondere monotheistischen Religionen hat sich das Kastenwesen seit je als Achillesferse des Hinduismus ausgewirkt. Die Aufsplitterung in Kasten, die so weit geht, dass Kastenlose nicht einmal die Tempel ihrer Gottheiten betreten können, schwächt den Hinduismus und macht vor allem die Harijans anfällig für die Konversion zu Religionen, die solche menschenunwürdigen Diskriminierungen nicht kennen. Mit

alarmierender Besorgnis wurde vor einigen Jahren die Konversion ganzer Harijan-Dörfer in Südindien zum Islam registriert. Aber statt selbstkritisch den tieferen Gründen dieses Kollektiv-Übertritts nachzugehen, wurden Geld und Arbeitsangebote reicher Golfstaaten dafür verantwortlich gemacht.

Der starke Druck zur Assimilisierung, den der Subkontinent seit Urzeiten auf fremde Zivilisationen, Religionen und Kulturen auszuüben pflegt, hat auch bei den Sozialstrukturen nichthinduistischer Religionen seine Spuren hinterlassen. So gibt es in *Tamil Nadus* christlichen Kirchen scharfe Trennlinien zwischen «Kastenangehörigen» und «Kastenlosen». Das indische Rechtswesen hatte sich denn auch vor kurzem mit Klagen von als «kastenlos» diskriminierten Christen zu befassen, die für sich dieselben Vergünstigungen reklamierten, wie sie kastenlosen Hindus zustehen. Der Bescheid der Gerichte war abschlägig, da es, so die Begründung, im Christentum keine Kasten und demzufolge auch keine kastenbedingte Diskriminierung gebe. Selbstverständlich steht hinter diesem Entscheid das Bemühen, die Wählerblöcke, die sich aus der Ausrichtung auf Angehörige der zahlenmässig bei weitem grössten Religion Indiens, des Hinduismus, ergeben, so weit als möglich intakt zu halten. Daneben soll auch verhindert werden, dass die Vorteile, die aus den Quotenregelungen zugunsten marginalisierter Kasten für den Hinduismus resultierten, auf andere, um die Gunst der Gläubigen konkurrierende Religionen ausgedehnt werden.

Zu den sozialreformerischen Hauptzielen Mahatma Gandhis gehörte die Überwindung der archaischen Kastengesellschaft. Während in den Grossstädten seit Erlangung der Unabhängigkeit erhebliche Fortschritte erzielt worden sind, ist auf dem Lande wenig Veränderung zum Positiven auszumachen. Im nordindischen Staat Bihar gehören Kastenkonflikte weiterhin zu den blutigsten sozialen Unruhen, aber auch in einem sich als fortschrittlich verstehenden Gliedstaat wie Gujarat bestehen viele Diskriminierungen und Ressentiments weiter. Hinzu kommt, dass in jüngster Zeit ambitiöse Parteipolitiker wieder vermehrt religiöse und kastenbedingte Vorurteile zu Hilfe nehmen, um sich Stimmen zu sichern.

Verwirrende Signale aus der Wählerschaft

Die wegen der Ermordung des Kongressführers und ehemaligen Premierministers Rajiv Gandhi aussergewöhnlich in die Länge gezogenen Erneuerungswahlen zum Unterhaus im vergangenen Mai/Juni gehören zu den blutigsten in der Geschichte des unabhängigen Indien. Auch wenn zu berücksichtigen ist, dass nationale Wahlen in Indien mit inzwischen fast vierhundert Millionen Wahlberechtigten eines beispiellosen logistischen und polizeilichen Aufwands bedürfen, kann die drastisch gestiegene Gewaltanwendung nicht allein mit numerischen Argumenten erklärt werden. Es gibt Regionen, in denen Gewalt zum «politischen Alltag» gehört, beispielsweise im östlichen Bihar, in Assam, im Pandschab und in Kaschmir. Doch verlief der Wahlprozess diesmal auch in anderen Gliedstaaten der indischen Union, insbesondere in der ersten Runde, zwischenfallsreich. Symbolisch steht dafür, dass Rajiv Gandhi im südlichen Tamil Nadu, auf stark kongressfreundlichem Territorium, ermordet wurde.

Noch ist es für eine genaue Analyse der Nachwirkungen von Rajiv Gandhis Ermordung auf das Wählerverhalten zu früh. Fest steht jedoch, dass die Signale, die aus der Wählerschaft bezüglich Religions- und Kastenkonflikte erfolgt sind, höchst verwirrend sind. Nach den Turbulenzen der letzten Monate hätte man einen deutlichen Wahlsieg der Kongresspartei erwarten dürfen. 1980, nach einem ähnlich erfolglosen und destabilisierenden Koalitionsexperiment, hatten Indiens Wähler Indira Gandhi eine unzweideutige Mehrheit beschafft. Diesmal hat die Kongresspartei nicht einmal die absolute Mehrheit zu gewinnen vermocht. Bemerkenswert ist, dass die Kongresspartei in ihren traditionellen Stammlanden, insbesondere den beiden nordindischen Gliedstaaten Uttar Pradesh und Bihar, noch schlechter abgeschnitten hat als bei den Wahlen im Herbst 1989. Als grosser Gewinner ging hier die sich prononciert pro-hinduistisch gebende Bharatiya Janata Partei (BJP) aus den Wahlen hervor.

Der Erfolg der BJP, die nun die nach dem Kongress die zweitgrösste Fraktion und damit den Führer der Opposition stellt und die vor den vorletzten Wahlen nur zwei Unterhausabgeordnete hatte, ist zum einen ein Resultat der in dieser Partei seit langem bestehenden, guten Kaderausbildung und Disziplin, ist zum andern aber auch eine Folge der zuweilen recht bedenkenlosen Ausschlachtung religiöser Vorteile. Das Versprechen der BJP, in Indien «Ram Rajya», die Herrschaft des Gottes Rahm (Sinnbild für eine nach Hinduvorstellungen gerechte Regierung), zu verwirklichen, hat die Wählermassen, insbesondere in Uttar Pradesh und Bihar, wo die Auseinandersetzungen um die Nutzung eines von Hindus wie Muslimen gleichermassen reklamierten Heiligtums in der Tempelstadt Ayodhya besonders heftig verlaufen sind, anzuziehen vermocht.

Während der Erfolg der BJP sich somit als Bestätigung für einen auf Konfrontation zwischen Hindus und Muslimen angelegten Kurs auslegen lässt, zeigt das schlechte Abschneiden des vom früheren Premierminister V. P. Singh geführten Janata Dal, dass die Hoffnungen, von neu stimulierten Ressentiments der schwächeren Kasten und Kastenlosen gegen die Höherkastigen zu profitieren, offensichtlich nicht aufgingen. Rein rechnerisch hätte V. P. Singh mit seiner Formel *«für Muslime und rückständige Kasten»* die Wahlen gewinnen müssen, lassen sich doch unter diesen beiden Kategorien, insbesondere im wählerstarken Norden, deutlich mehr als die Hälfte der potentiellen Wähler subsumieren.

Noch steht eine detaillierte Analyse des Wählerverhaltens aus. Bei dem dem englischen Vorbild nachgestalteten Majorzsystem können auch kleine prozentuale Verschiebungen im Wählerverhalten bei der Sitzverteilung erhebliche Konsequenzen zeitigen. Fest steht indessen, dass die Unterhauswahlen 1991 weder in positiver noch in negativer Hinsicht bei den Beziehungen zwischen den Angehörigen verschiedener Religionen und Kasten Veränderungen bewirkt haben. Zu erwarten ist, dass die BJP sich in ihrem hinduistischen Radikalismus bestärkt fühlt, während Kastenkonflikte inskünftig wieder vermehrt nach den bewährten Konsensmethoden des Kongresses übertüncht, beziehungsweise wählerwirksam manipuliert werden dürften.

Urs W. Schöttli

Timisoara – Symbol des Aufbruchs oder Die Hochzeit der Stellvertreter

Mehr als ein Jahr ist ins Land gezogen seit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Rumänien. Vor 18 Monaten — wer erinnert sich nicht an das Medienspektakel? — ist das Diktatorenpaar Ceausescu gestürzt worden. Längst ist Normalität in die Berichterstattung über Rumänien eingekehrt. Wie aber spiegelt sich diese international zelebrierte Mediennormalität im Lande selber? Wie sieht der nachrevolutionäre Alltag aus? Die rumänische Realität ist schwer in Worten fassbar, sie entzieht sich griffigen Modellen und gängigen Klischees mit Konsequenz. Ein Besuch in Timisoara, der Wiege der Revolution, samt Exkursen aufs Land und in die Zeit.

Märtyrerstadt Timisoara. Die Strassen, in denen das Unsagbare wohnte. Wir befinden uns zwischen Oper und Kathedrale, dem Schauplatz erbitterter Kämpfe am Jahresende 1989, die Ungezählten den Tod brachten. Ihr Blut sollte wenige Tage später auch das verhasste Diktatorenpaar hinwegschwemmen. Kämpfe, in denen es nicht explizit um die Macht, sondern zuallererst um die Überlistung der eigenen tiefsitzenden Angst ging. Vor der Kathedrale wie überall in der ganzen Stadt mahnen unversehens Kränze und brennende Kerzen an die Opfer der Greueltaten. Stumme Zeugen durchwachter Nächte. Das Portal der Oper und ihr Balkon sind mit Spruchbändern und Plakaten verstellt. General-, Hungerstreik und «Weg mit Iliescu» (Jos Iliescu) ist da zu lesen. Vor dieser Kulisse wird in Menschentrauben, zu denen sich vorwiegend Männer der älteren Generation formiert haben, lautstark politisiert und gestikuliert. Früher wurde hier Fussball verhandelt und über Schachprobleme debattiert. Viele Fragen brennen. Sie werden hier und im ganzen Land unablässig gestellt. Nicht nur Kinder, auch Erwachsene wollen sich nichts mehr vormachen lassen. Ohne Klärung der offenen Fragen, ohne eine klare Differenzierung nach Tätern und Opfern, nach Mördern und Toten wird Rumänien nicht zur in Politikerreden oft beschworenen Ruhe finden. Misstrauen und Widersprüche schiessen ins Kraut. Wer schoss auf wen? Woher kam der Befehl? Wo sind die Verhafteten und Verantwortlichen geblieben? Wie gross ist die (Mit-) Verantwortung der regierenden Front der Nationalen Rettung (FSN — Frontul Salvării Naţionale), die im Volksmund Front der Nationalen Armut (Frontul Sărăciei Naţionale) heisst? Eine vollumfängliche Aufklärung der Ereignisse ins Auge zu fassen, dazu hat sie bisher nicht Hand bieten wollen. Stattdessen zirkulieren Geschichten und Mythen, Phantasien und Legenden. Fragmente der Wahrheit. Die Rolle des Zufalls. Wie wenig oder viel fehlte beispielsweise bis zur vollständigen Ausradierung der ganzen Stadt, einem Vorhaben, das Elena Ceausescu zugeschrieben wird?

Individueller Schmerz, Wut, Zweifel und Trauer sind stärker, sie drohen wichtige strukturelle Unterschiede zwischen der Rumänischen Revolution der Jugend, die sich de facto je länger desto deutlicher als Staatsstreich entpuppt, und den Umwälzungen in den anderen

osteuropäischen Staaten zu verdecken. Auffällig ist die (zufällige?) Gleichzeitigkeit mit der US-Invasion in Panama, die die Frage aufwirft, ob und inwieweit die Geheimdienste der Supermächte hinter den Kulissen ihre Drähte mitspannten? Von eminenter Wichtigkeit und mitverantwortlich für die brutale Reaktion des Machtapparates auf die ohne Zweifel spontan ausgebrochenen Aufstände ist die Absenz sowjetischer Truppen, die 1989 ganz im Gegensatz zum Verlauf der übrigen Nachkriegsgeschichte einen mässigenden Einfluss in der Region ausübten.

Wiege der Revolution

Die Stadt ist voll von Geschichten. Revolutionsgeschichten. Grauenhafte und unglaubliche Erlebnisberichte von Ohren- und Augenzeugen. Auch eineinhalb Jahre danach sind die Gesichter der Erzählenden gezeichnet vom Erlebten. Bei manchen wird die Stimme dünn, die Sprache erreicht ihre Grenze. Erlebte Geschichte. Immer und immer wieder. Wiederholung auch im Schlaf. Der Bericht von Irina Otelita gehört noch zu den harmloseren. Eine verirrte Kugel traf ausgerechnet ihren Mann in der im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung. Im Krankenhaus starb er wenige Stunden später. Seither fehlt selbst von seiner Leiche jede Spur.

Als besonders manifest erweist sich der Widerstand und die Abneigung gegen den vor Jahresfrist (über)deutlich gewählten Präsidenten Ion Iliescu und Petre Romans FSN-Regierung hier an der Wiege der Revolution. Die Wunden schmerzen hier am stärksten, die Politisierung der einzelnen ist am ausgeprägtesten. Das Leiden bleibt gegenwärtig. Immer wieder geben beunruhigende Zeichen Anlass zu Misstrauen. Viele ehemals führende Parteifunktionäre sind aus vorübergehender Haft längst in ihr Privatleben entlassen worden, beziehen ihre (Früh-)Rente und erfreuen sich bester Gesundheit. So bespielsweise Timisoaras letzter Bürgermeister von Ceausescus Gnaden, Petre Mot.

Die tatsächlichen Aufstände in Timisoara, Sibiu, Bukarest und wenigen anderen Städten sowie die zusätzliche Palastrevolte in der Hauptstadt führten in den allermeisten anderen Kreisen und Siedlungen des Landes lediglich zu einer mehr oder weniger umfangreichen und kaum wirkungsvollen Personalrochade in den Kaderpositionen von Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Kultur.

Seit das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit der Kreise für das Versorgungswesen gilt, liegt die Verantwortung für die Ernährungslage direkt in den Händen der Präfekten. Sie stehen einer Gesellschaft im Umbruch vor. Gesellschaftliche Agonie prallt hart auf Tendenzen des Aufbruchs, die marode Staatswirtschaft kontrastiert mit privater Initiative. Bedrohlich und lähmend auf das Individuum wirkt der Umbau der staatlichen Institutionen ohne verbindende Reformidee in einem Umfeld sinkender Produktivität, massiver Exporteinbussen und einer akuten Theoriearmut. 1990 sind Hunderttausende (ob definitiv oder «auf Probe» wird sich weisen müssen) aus Rumänien weggezogen, weil jeder einzelne für sich keine Zukunft mehr im Land gesehen hat. Unter ihnen Intellektuelle, Vertreter der technischen Elite wie qualifizierte Handwerker, Deutschstämmige wie Zigeuner.

Neue ökonomische Selektion

Nach slowenischem Vorbild ist in Timisoara auch ein Autonomiestatus für das rumänische Banat zum oft erörterten Gesprächsgegenstand geworden. Via wirtschaftliche Separation im Innern scheint man sich einen schnelleren Anschluss an die westlichen Industriestaaten und eine raschere Verbesserung des Lebensstandards zu erhoffen. Greifbar und augenfällig für alle Besucher ist die angelaufene Privatisierungswelle auf dem Siegesplatz (bis zum Umsturz Opernplatz) in Timisoara, der vor eineinhalb Jahren via Bildschirm in ungezählte Wohnzimmer getragen wurde. Leuchtreklamen lassen den Platz westlichen Augen nun vertrauter erscheinen. Viele Geschäfte und Lokale sind geschlossen. Die bankrotte Staatswirtschaft hat leere Räume hinterlassen. Ortskundige Private mit Beziehungen, ausländische Investoren und gemischte Gesellschaften treten zögernd ihr Erbe an. Der gesetzliche Rahmen für Joint-Ventures ist bisher alles andere als vertrauenserweckend und einladend für potentielle Investoren. Dies hemmt das Tempo der Privatisierung, die jedoch unübersehbar eingesetzt hat. Pünktlich mit dem ersten Jahrestag der Revolution hat Benetton an verkaufsstrategisch attraktiver und durchaus zukunftsträchtiger Stelle seine Filiale eröffnet. Wie in vielen anderen Geschäften wurden die Artikel zunächst ausschliesslich gegen Valuta angeboten. Ein Pullover für drei Monatsgehälter. Neue Anachronismen: Im Geschäft, das weltweit mit «United colours of Benetton» zu werben pflegt, musste draussen bleiben, wer «nur» die Landeswährung in der Tasche hatte.

Inzwischen hat die Boutique-Kette ihre wenig konsumentenfreundliche Haltung korrigiert und akzeptiert die rumänische Währung, den «Leu», als Zahlungsmittel. Als diskreter, nützlicher und effektiver erwies sich dagegen beispielsweise das Engagement der deutschen Siemens AG, unter deren massgeblicher Beteiligung im Dezember eine leistungsfähige internationale Telefonzentrale in Bukarest eröffnet werden konnte. In Form einer gemischten Gesellschaft ohne Staatsbeteiligung wurden auf diese Weise auch rund 800 Arbeitsplätze geschaffen. Zu den grössten Sorgenkindern der Roman-Regierung zählen die gigantischen, veralteten und stark defizitären Industriekombinate aus der «Ära Ceausescu» mit ihren oft mehreren tausend Beschäftigten. Sukzessive verliert der Leu im Alltag an realem Wert und Bedeutung, während das Sagen hat, wer mit Valuta flattert. Die Teuerung ist atemberaubend, die Inflation erfasst nahezu alle Bereiche. Eine zusätzliche, endgültig die Existenzgrundlage von vielen ins Wanken bringende Verschärfung hat sie mit der Freigabe der Preise für die Grundnahrungsmittel per 1. April erfahren. Naturgemäss am härtesten betroffen von dieser Entwicklung sind die sozial schwächsten Schichten. Die Bestreitung des Lebensunterhaltes durch ein in den letzten Monaten verzögert gestiegenes Salär oder eine Rente wird ohne flankierende Einkommensquelle zunehmend zum existentiellen Problem, zumal auch für Härtefälle nach wie vor kein soziales Auffangnetz bereitsteht. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt weiterhin stark zu.

Nach der Revolution hatte die provisorische Regierung zwar umgehend einige der absurdesten Gesetze aus der «Epoche Ceausescu» — darunter das in den letzten Jahren unter dem Schlagwort der Dorfzerstörung zu trauriger

Berühmtheit gelangte Systematisierungsgesetz — aufgehoben und erwartungsgemäss auch die Pressefreiheit proklamiert. Auf eine durchgreifende Reformierung des Schulsystems dagegen wartet man bisher ebenso vergeblich wie auf verbindliche und klare Gesetzeswerke, die den freien Handel oder die Nutzungs- und Besitzrechte im nach rund drei Jahrzehnten (Voll-) Kollektivierung stark desorganisierten Landwirtschaftssektor regeln würden. In diesen Bereichen wurden bisher bestenfalls bescheidene Anfänge gemacht. Die Staatsgüter etwa blieben gar gänzlich unangetastet. Auch wird erst die Umsetzung einmal getroffener Beschlüsse manche zusätzliche Hindernisse (zum Beispiel den vollkommen ungenügenden Mechanisierungsgrad) an den Tag fördern. Folgerichtig steht auch die Verabschiedung einer neuen Verfassung in weiter Ferne.

Die Printmedien

Ausdruck dieser relativierten qualitativen neuen Freiheit sind die wie Pilze aus dem Boden schiessenden Institutionen, Parteien, religiösen Gruppierungen und (Zweck-)Vereinigungen mit meist eigenen Publikationsorganen. Damit ist nach der Privatisierung mit dem Pressewesen ein zweiter Bereich angesprochen, welcher sich als Gradmesser stattgefundener Veränderung anbietet. Allein in Timisoara erschienen im vergangenen Dezember 48 Zeitungen. Beinahe täglich kommen neue dazu, andere verschwinden wieder. Die Übersicht zu behalten, ist auch für Insider ein Ding der Unmöglichkeit. Selbst den fliegenden Händlern sind manche Zeitungstitel nicht geläufig. Lange Menschenschlangen vor Zeitungsständen. Zur städtischen Presselandschaft gehören die teilweise unter neuen Namen erscheinenden Nachfolgezeitungen der ehemaligen Parteiorgane, aber auch viele Publikationen, die bisher vernachlässigte Leserkreise anzusprechen und zu erobern versuchen wie etwa Erotik- oder Satiremagazine. Hochkonjunktur des unter Ceausescu streng Verbotenen. Wegen des praktisch inexistenten Verteilsystems und der oft sehr kleinen Auflagen, sprich Papierknappheit und Korruption, kommt den wenigsten Zeitungen nationale Relevanz und Resonanz zu.

Timisoara 1990: eine fünfsprachige Presselandschaft. Neben rumänisch-, ungarisch-, deutsch- und serbischsprachigen Publikationen tauchte vergangenes Jahr als Novum in der Nachkriegszeit ein Periodikum der lokal ansässigen Romas auf. *«Glasul Romilor»* (Die Stimme der Romas) ist das Sprachrohr der Soziokulturellen Gesellschaft der Romas von Timisoara. Es ist Ausdruck des ungebrochenen Willens eines Teils der zahlenmässig starken (neue Schätzungen bewegen sich weit über zwei Millionen), immer wieder zu Sündenböcken gestempelten, verachteten und gesellschaftlich marginalisierten Zigeuner, sich in veränderter Umgebung zu artikulieren und in Interessengruppen zu organisieren. Gleichzeitig wird damit einmal mehr Gesprächsbereitschaft und die Anerkennung der staatlichen Hierarchie signalisiert. Tatsächlich wird eine tragfähige und landesweite gesellschaftliche Integration jenseits von Rassismus und Vorurteilen nur mit den die unterste Stufe der sozialen Skala darstellenden Zigeunern und keinesfalls ohne oder gar gegen sie zu erreichen sein.

Grosser Nachholbedarf

Der Nachholbedarf in der Literatur, der Kunst, der Musik und der Wissenschaft ist riesig. Da die bestehenden Druckereien in der Regel dem lukrativeren Geschäft mit den Zeitungen und Zeitschriften den Vorzug gaben, sind im vergangenen Jahr jedoch nur wenige neue Bücher auf den Markt gekommen. Der zum neuen Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes gewählte Mircea Dinescu, der vor der Revolution unter Hausarrest stand, mit seinen auflagenstarken Gedichten «Der Tod liest Zeitung» ist hier nur eine die Regel bestätigende Ausnahme geblieben. Auch unter seinem Vorsitz hat eine dringend notwendige verbandsinterne Vergangenheitsbewältigung leider nicht eingesetzt. Überhaupt haben sowohl die Medien als auch gesellschaftlich relevante Vereinigungen bisher kaum ernsthafte Beiträge zu einer Bewältigung oder wenigstens unverzerrten Darstellung der eigenen Vergangenheit geleistet. Im Gegenteil streben viele rumänische Zeitungen und Parteien eine Verharmlosung, mitunter gar Glorifizierung der autoritären, antisemitisch-nationalistischen Regierungsformen und ihrer personellen Exponenten aus der Zwischenkriegszeit und den Kriegsjahren an.

Besonders krass und also ernüchternd für die Betroffenen ist die Situation im Musikbereich. Noch immer verfügt das Bukarester Plattenhaus «Electrecord» über das absolute Plattenmonopol im Land. Darin liegt mit ein Grund für viele hochbegabte Musiker verschiedener Sparten, die Kompensation für ihre «verlorene Lebenszeit» vermehrt im Ausland zu suchen.

Auf den ersten Blick mag überraschen, dass nur wenige dem Publikum bisher vorenthaltene Filme den Weg ins Kino finden. Die Erklärung dafür ist denkbar simpel: Es gibt sie kaum. Ein untrügliches Indiz dafür, dass die rumänische Zensur als Kulturverhinderer ausserordentlich effizient gearbeitet und bereits in frühen Phasen der Entstehung interveniert hat. Nennenswerte Ausnahme ist etwa der sehenswerte Streifen *«Warum läuten die Glocken, Mitica?»* (De ce trag clopotele, Mitica?), den *Lucian Pintilie* 1980 gedreht hat und der nun mit einem Jahrzehnt Verspätung das Publikum in die Kinosäle lockt. Als Vorlage diente ihm *Ion Luca Caragiales* Komödie *«Faschingstreiben»*. Dieser «Jahrmarkt» der menschlichen Beschränktheit erweist sich auch ein Jahrhundert nach der Entstehung des satirischen Lustspiels als ungebrochen aktuell.

Zwischenbilanz

Eineinhalb Jahre nach der Besetzung des Fernsehstudios als der modernen Variante des *«Sturmes auf die Bastille» (Klaus Hartung)* und der Live-Zelebrierung der Revolution unter der Regie der FSN hat die FSN-Regierung sehr viel der anfänglichen Sympathie eingebüsst. In zu viele Widersprüche hat sie sich verstrickt, zu unglaubwürdig ist sie geworden. *«Die schockartige Begegnung mit der eigenen Gesellschaft»* (Klaus Hartung) ist für die neue rumänische Führung zu einer Dauererscheinung geworden. Noch immer aber verfügt die Front mit dem Fernsehen über das einzige landesweit funktionierende und die öffentliche Meinung weitgehend machende Massenmedium in Rumänien.

Achtzehn Monate sind ins Land gezogen, in denen sich das Fehlen einer

tragfähigen vorrevolutionären Bürgerrechtsbewegung in der öffentlichen Auseinandersetzung schmerzlich gerächt hat. Die kritischeren unter den ausserparlamentarischen Oppositionsgruppierungen sind heute daran, sich zu einer einheitlicheren «Bürgerallianz» zusammenzuschliessen, die dereinst zum Machtfaktor avancieren könnte. Bereits heute verzeichnen dagegen die populistisch-nationalistischen Bewegungen und Parteien mit ihrer aggressiven und extrem chauvinistischen Propaganda Hochkonjunktur. Ihre fremdenfeindliche Terminologie ist Allgemeingut geworden und inzwischen in den Spalten vieler Zeitungen anzutreffen. Die im Parlament vertretenen historischen Parteien, die Liberalen, die Bauernpartei und die Sozialisten mit ihrem Nostalgieballast und Selbstmitleid stellen keine echte Alternative zur Front dar, deren Vertrauensverlust anhand weniger Ereignisse hinreichend zu dokumentieren ist.

Schon im Januar 1990 sah sich die damals «provisorische Regierung» gezwungen, dem Druck der Strasse nachzugeben und eben erst erlassene Dekrete zu widerrufen. Namentlich umstrittene Fragen waren die nach der Hinrichtung des Diktatorenpaares abgeschaffte Todesstrafe sowie das Verbot der KP. Für die Erkundung der Volksmeinung in diesen beiden Sachfragen wurde ein Referendum für Ende Januar 1990 in Aussicht gestellt, das bis heute nicht durchgeführt wurde. Interne Machtkämpfe, Richtungsstreite und Denunziationen innerhalb der Front trugen nicht zur Profilierung der provisorischen Regierung gegen aussen bei. Im Vorfeld der Wahlen vom Mai 1990 konstituierte sich die Front auch als Partei, obwohl sie noch im Januar bekanntgegeben hatte, sich nicht daran beteiligen zu wollen. Die Front ging als haushohe Siegerin aus den Wahlen hervor. Gegenwärtig wollen Gerüchte nicht verstummen, die einem sich im Kampf um die Macht verschärfenden Antagonismus zwischen Präsident Iliescu und Premier Roman das Wort reden. Nachdem sich die Front anfangs als breite Sammelbewegung zu präsentieren versucht hatte, setzte bereits früh ein empfindlicher personeller Aderlass ein. Heute sind definitive Abspaltungen von der Front nur noch eine Frage der Zeit. Auch über ein Jahr nach den Parlamentswahlen lassen Kommunalwahlen, eine der elementarsten Voraussetzungen für eine pluralistische Erneuerung der nach wie vor stark agrarisch geprägten Gesellschaft, weiter auf sich warten. Ein deutliches Zeichen dafür, dass es den verantwortlichen Instanzen mindestens am Willen, möglicherweise aber gar am Bewusstsein für die Wichtigkeit einer unabhängigeren kommunalen Verwaltung fehlt.

Im März 1990 schon war es zu pogromartigen Zusammenstössen zwischen rumänischen und ungarischen Siebenbürgern in Tîrgu-Mures gekommen, deren unmittelbare Auslöser weitgehend im dunkeln blieben. Der aufkeimende, von einzelnen Gruppierungen systematisch geschürte Fremdenhass hat zu grosser Brutalität im Umgang mit Andersdenkenden und Zigeunern geführt. Geerntet werden nun die Früchte der integralen und menschenverachtenden Homogenisierungspolitik Ceausescus. Kommentierende Worte des seit vielen Jahren in Italien ansässigen rumäniendeutschen Intellektuellen Dieter Schlesak: *«Tödliche Ungeduld ergriff nach vierzig toten Jahren die Leute wie ein Fieber.»* Direkt zu spüren bekommen hat diese Brutalität im Frühjahr sogar der UNO-Son-

derbeauftragte für Menschenrechte und Jugendfragen, Dumitru Mazilu, der unmittelbar nach der Revolution Vizepräsident der Front war. In seiner Genfer Wohnung ist er (nach alter Manier) von Unbekannten spitalreif geschlagen worden, nachdem er eben seinen für die Regierung wenig schmeichelhaften Bericht über Menschenrechtsverletzungen abgeliefert hatte.

Im Juni 1990 gingen Bergarbeiter oder/und als Bergarbeiter verkleidete Securisten mit grosser Brutalität und ohne Intervention der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten vor, die seit Wochen den Universitätsplatz besetzt hielten, um von der Regierung ultimativ die Wahrheit über die Hintergründe der Rumänischen Revolution und die Zahlen und Namen der Täter und Opfer zu erfahren. Die Regierung, die sich bei den Bergarbeitern sogar für deren staatserhaltenden Einsatz bedankte, schürte bei dieser Gelegenheit den latenten Intellektuellenhass, der in Rumänien auf eine beachtliche und beunruhigende Tradition zurückblicken kann.

Ebenfalls im Sommer wurde der alte Geheimdienst Securitate nahezu integral in den neuen, den Rumänischen Informationsdienst (SRI — Serviciul Roman de Informatii) übernommen. Überall stösst man auf alte Strukturen in neuen Kleidern.

Ein weiterer Meilenstein in dieser unvollständigen Chronologie der verpassten Aussöhnung ist der vereitelte Besuch von Ex-König Michael in Rumänien an Weihnachten 1990. Für viele, darunter auch Doina Cornea, ist der Ex-Monarch inzwischen zum einzigen Kristallisationspunkt ihrer Hoffnungen auf eine bessere Zukunft geworden. Seiner Integrationskraft trauen sie die Zerschlagung der alten Strukturen zu, ohne dass Rumänien gleichzeitig zum Schauplatz eines Bürgerkriegs würde. Natürlich blieben nach dem weihnächtlichen Intermezzo heftige Reaktionen in der «freien» Presse nicht aus. In der Wochenzeitung *«22»*, dem lesenswerten Organ der «Gruppe für Sozialen Dialog», etwa erschien der entsprechende Kommentar unter dem Titel «Schande» (rufinea). Die Ereignisse rund um den sabotierten Besuch des Ex-Königs waren Auslöser für Kulturminister Andrei Plesu, der als Kunsthistoriker und Noica-Schüler in breiten Bevölkerungskreisen (noch immer) grosses Ansehen und Vertrauen geniesst, seinen Rücktritt anzubieten. In einem Fernsehinterview sprach er über sein zunehmendes Unbehagen, als Minister für viele Entscheide mitverantwortlich zu sein, von denen er erst via Medien in Kenntnis gesetzt werde. In mittlerweile gewohnter Manier hat die Regierung an ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr ihren Fehler in der Königsfrage eingestanden. Sie stellt Ex-König Michael nun ungehinderte Einreise nach Rumänien in Aussicht, falls er die Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft beantrage. Plesu kam auf seinen Entscheid zurück und sitzt weiterhin auf dem Stuhl des Kulturministers. Dieselbe Zeremonie veranstalteten drei weitere Minister im vergangenen März, allerdings aus anderem Anlass: Ihnen gingen die auf 1. April verfügten drastischen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel zu wenig weit. Nach einigen klärenden und beruhigenden Worten ihres Premiers kehrten auch sie folgsam auf ihre Ministerposten zurück.

Ebenfalls im April hat Rumänien als erster unter den früheren Warschauer-Pakt-Staaten mit der Sowjetunion einen bilateralen Vertrag unterzeichnet,

dessen Inhalt im Land fast durchwegs auf heftige Kritik stiess.

Die Liste der europäischen Länder, die 1991 keine Visumspflicht für rumänische Staatsangehörige kennen, ist kurz. An die Stelle von Ceausescus Isolationismus ist eine rigide und beschämende Isolation von aussen getreten. Europa, in Rumänien ausgesprochen, klingt noch immer wie ein ferner Kontinent.

Andreas Saurer

Die kulturelle Entente der Kollaboration

«Das graue Frankreich» und die Literatur

«Niemals waren wir freier als unter der deutschen Besatzung... Da das Nazigift bis in unser Denken eindrang, war jeder richtige Gedanke eine Eroberung ... da wir verfolgt wurden, hatte jede unserer Gesten das Gewicht eines Engagements...» *Jean-Paul Sartre* rechnet in seinem Aufsatz *«La république du silence»,* den die *«Lettres fançaises»* im September 1944 veröffentlichten, mit den gerade zurückliegenden Jahren ab, den *«années noirs»,* der Zeit der Okkupation. Sein erster Roman, *«La Nausée»,* war sechs Jahre zuvor erschienen — *Albert Camus* hatte ebenfalls 1938 erste Notizen zu seinem *«Etranger»* vorgelegt. Weihnachten 1938 heisst es in seinem Tagebuch: *«Il n'y a qu'un cas où le désespoir soit pur. C'est celui d'un condamné à mort...»*

Es war jene Zeit am Vorabend der *«drôle de guerre»,* in der die Pariser noch einmal, ein letztes Mal, unbeschwert in die Sommerferien hinausfuhren. Die Leidenschaften, die durch die Politik Berlins aufgepeitscht worden waren, schienen sich beruhigt zu haben. Und dennoch herrschte eine merkwürdige innere Unruhe. Nach der Abdankung *Léon Blums* taten seine radikalen Nachfolger *Chautemps* und *Daladier* alles, um die muskelprotzerischen Ambitionen der faschistischen Achsenmächte Deutschland und Italien zu befriedigen. Proteste — wie etwa gegen die Annexion Österreichs oder die Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei — kamen über ihren platonischen Charakter kaum hinaus. Frankreich macht in diesen Tagen einen leicht nervösen und übermüdeten Eindruck — *La France fatiguée.* Man liest jetzt Kafka. Das Gespenst des *«énnui»,* der Langeweile, ist schon durch *Baudelaire* vorgeformt. Die Franzosen warten darauf, dass etwas geschieht, obschon man ahnt, dass nichts geschehen wird. Der deutsche Aggressor scheint die Geschichte zu machen, man selbst fühlt sich ohnmächtig. Der Ekel, den Sartres Antoine Roquentin empfindet, hat seine Wurzeln in dieser Passivität.

Später, in den sechs Monaten des *«drôle de guerre»,* nach Hitlers Überfall auf Polen und der französischen Mobilmachung, erscheint die Nation wie gelähmt. Solange es nicht darum geht, einen Angreifer zurückzuschlagen, hat man die Neigung, sich das Leben so angenehm wie möglich zu machen. Als Frankreich nach dem «Blitzkrieg» niedergeworfen, in zwei Zonen geteilt und

der Willkür der Sieger überlassen ist, setzen viele im Lande auf den Vitalismus und die schaurige Stärke des überlegenen Kriegsgegners. Von den knapp zwei Millionen Menschen, die Paris bis Mitte Juni vor den andringenden deutschen Truppen verlassen, kehren die meisten bald zurück. Man ist froh, dass die Sache vorbei ist. Sartre schreibt in *«Paris unter der Besatzung»: «Paris war tot . . . Die Stadt war nur noch eine flache nutzlose Ortschaft, wo die Erinnerungen an ihre Grösse spukten . . .»* Doch ganz so gespenstisch war es dann doch nicht. Sogar Sartre räumt dies ein: *«Jemand, den man danach fragte, was er unter dem Revolutionsterror gemacht habe, antwortete: ‹Ich habe gelebt.› Eine solche Antwort könnten wir heute alle geben.»*

Man lebte übrigens nicht schlecht. Zumindest galt dies für jene, die bereit waren, sich mit den neuen Herren zu arrangieren. Für sie begannen *«les beaux jours des collabes»,* wie der Historiker *Henri Amoureux* eines seiner Bücher betitelt hat. Nahezu alle, die in Frankreich seit 1944 sprechen, schreiben, verwalten, regieren — so Amoureux — *«haben immer noch ihre Wurzeln in diesen faszinierenden und verwirrenden Jahren».* Sie sind vom Krieg, so der frühe Aussenminister *Jean François-Poncet, «tief gezeichnet»,* und haben, wie der Chefredakteur der kommunistischen *«L'Humanité», Andrieux,* es formulierte, *«die Demütigungen zwar verdrängen, nicht aber vergessen können».* In seinem Buch *«Vichy France»* urteilt der amerikanische Historiker *Robert Paxton,* nach dem Waffenstillstand von 1940 seien die Franzosen wie nie zuvor bereit gewesen, Disziplin und Autorität hinzunehmen. Lediglich zwei Prozent der Bevölkerung, allenfalls zehn Prozent, Sympathisanten oder gelegentliche Helfer hinzugezählt, seien tatsächlich in der Résistance aktiv gewesen. Nach Ansicht von Henri Amoureux sogar nur *«höchstens einige tausend».*

Frankreich war bis zum November 1942 in zwei Zonen geteilt. Die nördliche, von den Deutschen besetzt, umfasste etwa zwei Drittel des gesamten Territoriums. Am 17. Juni 1940 übernahm *Philippe Pétain,* «le Maréchal» — der Sieger von Verdun — die Regierung. Der Kurort Vichy im Departement Allier wurde zur Hauptstadt des «freien» Frankreich. Pétain, 84 Jahre alt geworden, genoss in der Bevölkerung eine grosse Popularität, ein *«zeitloser Mann»,* wie Amoureux ihn nennt. Nach der Befreiung zum Tode verurteilt, dann begnadigt, stirbt er sechs Jahre nach Hitler. Der katholische Schriftsteller *René Benjamin,* der zu den Anhängern des französischen Faschistenführers *Jacques Doriot* zählte, schreibt über Pétain: *«Im Alter von 85 Jahren ist er aufrecht, nein, nicht wie ein junger Mann, er ist aufrecht wie sein Gewissen. Sein Schritt ist klar und sein Schnauz vom unbefleckten Weiss der Tugend.»* Und sogar *Paul Valéry* dichtet noch 1941: Pétain presse seinen Wein *«wie alles, was er macht, mit Skrupeln und allergrösster Sorgfalt . . .»*

Unter Pétains Bewunderern findet man jene Elemente, die von der Dritten Republik entweder bekämpft, beunruhigt oder enttäuscht worden waren: ehemalige Royalisten, Katholiken, Militärs, Unternehmer und Antidemokraten mit faschistischer Neigung auf der Rechten wie auf der Linken. Erst als Pétain Hilter in Montoire-sur-le-Loir trifft, dämmert es einigen, dass der Greis vielleicht doch nicht der richtige Mann sei, um die Deutschen überlisten

zu können. Später erinnerte sich Pétain an diese folgenschwere Begegnung: *«Der Kanzler Hitler hat mich gefragt, ob ich kollaborieren wolle . . . Ich will ja gern, nur muss man mir sagen, was das bedeutet . . .»*

Die Nationalsozialisten hatten mit Frankreich Besonderes im Sinn. Sie schlossen mit dem unterlegenen «Erbfeind» nicht nur einen formellen Waffenstillstand, sondern beliessen es auch bei einem schein-souveränen Etat français. Ein Protektorat soll das Land nicht werden. Berlin ist ja daran interessiert, jene Kräfte in Frankreich zu fördern, die Hitlers Traum vom «neuen Europa», von der «Herrschaft der Eliten» ideell unterstützen. Im Sommer 1940 kommt *Otto Abetz* nach Paris, der als Hitlers Botschafter die wichtige Aufgabe übernimmt, die Kollaboration in all ihren Bereichen zu organisieren. Abetz war hierfür der richtige Mann. Bereits in den dreissiger Jahren hatte er deutsch-französische Jugendtreffen arrangiert. Er gehörte dem Sohlberg-Kreis an, war mit einer Französin verheiratet und galt als frankophile, leicht schwärmerische Natur. Am 17. August erklärt er: *«In jedem Fall . . . muss von deutscher Seite alles getan werden, um die innere Uneinigkeit und damit die Schwäche Frankreichs zu fördern . . .»*

Die innere Zerrissenheit im Lande war jedem Kenner seit langem bekannt. Die *«entre-guerres»*-Zeit hatte bei vielen Intellektuellen und Künstlern ein Gefühl besonderer Gemeinsamkeit mit dem deutschen Nachbarn entstehen lassen. Hinzu kam, dass einer grossen Mehrheit der Franzosen quer durch alle Schichten die antisemitische Komponente der Nazis ein weiteres Indiz für die Notwendigkeit lieferte, mit den Deutschen zusammenzugehen. Es war ein Antisemitismus chauvinistischer Prägung, dabei längst nicht nur ein Monopol der Rechten. Von *Fouriers* Beschreibung des Juden *«Ischariot»* (aus dem Jahre 1808) bis hin zu *Giraudoux'* Darstellung der *«hunderttausend Aschkenasim»* (1939) war die französische Literatur voll von antisemitischen Ausfällen und Pamphleten. Doch blieb dieser Antisemitismus unter der Decke bürgerlicher Wohlanständigkeit. Er hatte bis in die dreissiger Jahre noch kein Ventil. Dafür sorgte erst der Faschismus. *«Sie wussten nicht, sie werden wissen»*, schrieb der Schriftsteller *Louis-Ferdinand Céline,* offenbar der einzige Antisemit, der die Radikalität der neuen politischen Waffe begriffen hatte. Die Fakten sprechen da für sich. 1943 wurden rund 35 000 Franzosen von den Deutschen inhaftiert. Franzosen mit dem Judenstern auf der Brust werden von Franzosen in Polizei- oder Milizuniform zum Transport nach Deutschland eskortiert. Rund 45 000 Franzosen melden sich zur berüchtigten Vichy-Miliz und zu Sondereinheiten, die beim Partisanenkampf eingesetzt werden. Das autoritäre Vichy-Regime übernimmt immer häufiger die Praktiken der Nazis: willkürliche Verhaftungen und Inquisition durch die Polizei, Ausnahmegericht und Judenverfolgung.

Einer der sogenannten *«Neuen Philosophen» — Bernard-Henry Lévy* — hat in seinem Bestseller *«L'Idéologie française»* das Bild gründlich zerstört, das viele Franzosen noch heute gerne von sich sehen. Nach Lévy sind für die Mehrzahl der Franzosen nicht die im Namen der Aufklärung angezettelten Revolutionen typisch, sondern eher die *«frisch-fröhliche Revolution»* von Vichy: *«La France, la patrie des droits de l'homme, est, en un sens, la propre*

patrie du nationalsocialisme en général.»

Am Anfang dieser Entwicklung stand die *Affäre Dreyfuss.* Sie war für die Rechte, für die nationalistische *«Action française»,* ebenso wie später für die Faschisten von *«Je Suis Partout»,* vor allem das Ende der verhassten Republik; Jean-Paul Sartre: *«Die Mehrheit der Kollaborateure ist aus dem erwachsen, was man die ‹Rechtsanarchisten› genannt hat. Sie haben die Ordnung, welche die deutsche Macht ihnen darzustellen schien, der nationalen Wirklichkeit vorgezogen . . .»*

Wie konnte das geschehen?, fragen sich viele Franzosen heute. Noch im April 1944 jubelte eine riesige Menschenmenge Pétain in Paris zu. Nur wenige Monate später die gleichen Menschenmassen wieder an den Strassen. Dieses Mal war de Gaulle der Retter des Vaterlandes. Doch da gab es noch die vielen Intellektuellen, die eigentlichen Wortführer der Kollaboration, mit denen die Wut des Volkes nach der Befreiung rasch fertig werden wollte. Die Revolutionskomitees der Résistance verhafteten und exekutierten ziemlich wahl- und planlos. Der Schriftsteller *Robert Brasillach* wurde erschossen, *Drieu La Rochelle* verübte Selbstmord, *Céline* floh nach Dänemark und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Wie es während der Besatzungszeit in Paris tatsächlich zuging, können viele Franzosen erst heute durch eine Flut von Büchern und Filmen erfahren. Dabei wussten Eingeweihte schon lange, dass der Faschismus in Frankreich vor allem unter literarischem Vorzeichen blühte. Die Begeisterung war durchaus ambivalent. Hier *Ernst Jünger* und *Friedrich Sieburg* im besetzten Paris, dort Drieu La Rochelle und Brasillach in Weimar und Nürnberg. Banal gesprochen: Die einen genossen den Käse und das Flair französischer Clarté, während sich die anderen schon vor dem Krieg am todessüchtigen Gepränge der Naziparteitage berauschten. Und damit beides sich zusammenfügte, gedieh die Kollaboration im Zeichen einer kulturellen Entente zum orgiastischen Fest. In der Pariser Orangerie drängelte sich im Mai 1942 die Crème der literarischen und künstlerischen Avantgarde beider Länder zu Füssen des Nazibildhauers *Arno Breker.* Man spielt Beethoven und Chopin, die Landser der Wehrmacht feiern im *«Casino de Paris»* Maurice Chevalier, während nebenan im Vel-d'Hiv-Radrennstadion die Juden zur Deportation in die Gaskammern von Treblinka, Auschwitz, Maidanek zusammengetrieben werden. Das ist die Wirklichkeit der «schwarzen Jahre» im grauen Frankreich der Besatzungszeit.

Die führenden Kollaborateure auf französischer Seite sind neben Céline, Drieu La Rochelle und Robert Brasillach die Schriftsteller *Lucien Rebatet, Alphonse de Chateaubriand* und *Jacques Chardonne.* Der Literaturhistoriker *Hermann Hofer: «. . . sie leben und verklären den Faschismus in Räuschen und Träumen . . ., sie gefallen sich in der Pose pathetischer und ungehörter Aussenseiter . . ., ihre pubertären Orgasmusschreie erschütterten Frankreich nicht. Nach der Niederlage aber kam für sie die Stunde der politischen Tat . . .»*

Céline tat zum Beispiel so, als ob die gesamte französische Gegenwartsliteratur durch jüdische Tradition geprägt sei und nur die Werke jüdischer Autoren übersetzt würden. In *«Bagatelles*

pour un massacre» — das Pamphlet erschien 1938 auch auf Deutsch unter dem Titel *«Die Judenverschwörung in Frankreich»* — schreibt Céline: *«Der arme kleine französische Buchmarkt, der schon so geschrumpft in den letzten Zügen liegt, findet sich nun noch mehr erdrückt, beinahe durch die Romane und Feuilletons von Herrn und Frau Lehmann, Rosamunde, Virginia Woolf, Vicki Baum, Herrn Ludwig, Herrn Cohn, Herrn Davis, Fräulein ‹Fischende Katze›, alles, alles Juden und Jüdinnen . . .»*

Diese grobe Verzerrung konnte jeder, der es wissen wollte, widerlegen. Die Deutschen hatten bereits 1933 damit begonnen, mit viel Geld und guten Worten bei den französischen Intellektuellen um Gunst und Einfluss zu werben. Der Schriftsteller *Paul Léautaud* notierte in sein *«Literarisches Tagebuch»* im September 1940: *«Die Deutschen haben den Krieg nicht nur militärisch, politisch und wirtschaftlich, sondern sozusagen auch geistig vorbereitet . . . Sie sind auch, und zwar mit Beweisen in der Hand, über alles auf dem laufenden, was seit zwanzig Jahren in Frankreich für oder gegen sie geschrieben worden ist . . .»*

Der Mann, der diese These durch sein Wirken am besten belegte, war *Gerhard Heller,* der literarische Zensor der Besatzungsmacht. Er kannte in Frankreich fast alle wichtigen Künstler und Schriftsteller persönlich, hatte Eingang bei Picasso, Braque und Fautrier und nannte den Schriftsteller Jean Paulhan seinen Lehrmeister, immerhin einen Mitbegründer der Résistance. Heller verstand sich wie viele andere nach Paris geeilte Deutsche als Mittler zwischen den Kulturen beider Länder. Er sah zwar das *«Meer von Schmutz und Blut»,* das der Naziterror in Frankreich ausbreitete, aber: *«Wir konnten es nicht gänzlich vermeiden, uns mit dieser repressiven Macht einzulassen. Jeder von uns hat diese Ambivalenz, diese Widersprüche am eigenen Leib erlebt . . .»* Andere wie Sieburg, der sich in seiner berüchtigten Ansprache vor der *«Groupe Collaboration»* im März 1941 zum Nationalsozialismus bekannte, wandte sich später, angewidert von dem Treiben in der besetzten Seine-Metropole ab und kehrte nach Deutschland zurück. Diese Möglichkeit indes hatte Heller nicht: *«Am liebsten hätte man die Augen verschlossen, wäre irgendwohin gefahren, um zu vergessen, um sich loszusagen, aber das war nicht möglich . . .»*

Doch es war eine trügerische kulturelle Vielfalt — besonders im Verlags- und Pressewesen. Die Deutschen hatten bei etlichen Tageszeitungen und Wochenschriften wesentliche Aktienanteile erworben oder ganze Blätter aufgekauft. Die führende Literaturzeitschrift, die *«Nouvelle Revue Française»,* entwickelte sich unter Leitung von Drieu La Rochelle zum wichtigsten Organ der *«collaboration idéologique».* Drieu hatte seinem Freund Otto Abetz vorgeschlagen, einen *«Parti fasciste-socialiste française»* zu gründen, scheiterte mit diesem Vorstoss jedoch ebenso wie Céline, der sich den Deutschen als «Berater» für die «Endlösung der Judenfrage» empfohlen hatte. Indes — mit dieser Form der ideologischen Kollaboration hatte man in Vichy nichts im Sinn. *Bernard-Henri Lévy: «Vichy, contrairement à la légende, ce n'est ni Drieu, ni Brasillach, ni Rebatet . . .»*

Erstaunlicherweise wurde auch in dieser Phase die Kontinuität des litera-

rischen Schaffens in Frankreich nicht unterbrochen. Unter den Augen Pétains und seiner deutschen Freunde entwickelte sich die neue philosophisch-literarische Bewegung des Existentialismus. 1942 erschienen der *«Fremde»* von Camus und die *«Fliegen»* von Sartre, ein Jahr später sogar Sartres Hauptwerk *«Das Sein und das Nichts»*. *François Mauriac* legte dem deutschen Zensor die Erstausgabe von *«Pharisienne»* vor — mit handschriftlicher Widmung: *«Für Leutnant Heller, der sich sehr für das Schicksal der ‹Pharisienne› interessiert hat, in Dankbarkeit . . .»*

Die literarische Produktion der Okkupationsjahre konnte sich also durchaus sehen lassen. Es publizierten mit dem Segen des Zensors nicht nur Sartre, Camus und Mauriac, die alle drei der Résistance verbunden waren. Es erschienen auch Werke von *Simone de Beauvoir* und der *Colette*, von *Aragon* und seiner Frau *Elsa Triolet*. Andere Autoren wie *Henri Barbusse*, *Léon Lemonier* oder *Paul Nizan* wurden wegen ihrer eindeutigen Zuordnung zur Vorkriegslinken nicht mehr aufgelegt. Mit den Buchverlagen, von denen 90 Prozent ihren Sitz in Paris hatten, wurden die Deutschen rasch «handelseinig». Die jüdischen Verlagshäuser wie *Fernand Nathan* oder *Calman-Lévy* wurden enteignet, bei anderen wurden die Besatzer Kapitaleigner. Gewaltsame Eingriffe unterblieben in der Regel, die Regulierung der Papierzuteilung war als Druckmittel wirksam genug. Im übrigen hatten die französischen Verleger bereits 1938 auf dem Leipziger Verlegerkongress ihren Kotau vor den Nazis gemacht. Sie unterschrieben ein Grusstelegramm an *Goebbels* und nannten ihn den *«aufgeklärten Förderer aller kulturellen Werte»*.

Das machte es für die Nazis später leicht, sich mit diesen Verlagen zu arrangieren. Die Autoren der «faschistischen Generation» in Frankreich haben für die Teilhabe an der Kollaboration oft bitter zahlen müssen, während andere nach längerem publizistischen Wegtauchen ungerührt wieder ihre Manuskripte drucken liessen. *La vie va toujours . . .* das Leben geht weiter. Drieu La Rochelle bekannte kurz vor dem Selbstmord, dass die Kollaboration nicht anderes als «Betrug» gewesen sei. Viele mochten nach der Befreiung ähnlich denken. *Pierre Seghers*, Schriftsteller und Verleger, stellte damals rückblickend auf die Kollaboration fest: *«Wir waren Wächter, Echos, Rufer; und jeder sollte handeln wie es ihm gemäss war. Und das ist dem Hitlerschen System wohl vor allem anderen vorzuwerfen: dass es den Menschen, was immer er war, in allen Ländern und in seinem Innersten zutiefst entstellt hat, ihn erniedrigt, beleidigt, an Körper und Seele gefoltert, wenn nicht getötet hat.»*

«Sie wussten nicht — sie werden wissen» — Célines prophetische Worte sind in Erfüllung gegangen. Und doch ist das Ausmass dessen, was unter dem Signum der Kollaboration tatsächlich an Ungeheuerlichkeiten geschah, für viele Franzosen heute noch unbegreifbar. Die Auseinandersetzungen um den Fall Barbie haben indes bewirkt, dass man jetzt die Augen vor den Geschehnissen im *«grauen Frankreich»* nicht mehr verschliesst. Sartres Wort — *«Die Hölle — das sind die anderen»* — kann zur Apologie nicht mehr benutzt werden.

Wolf Scheller

Einheit als Vielfalt

Föderalismus und Literatenpolitik

I.

«Der eigentliche föderative Geist des Deutschen hat sich nie vollständig verleugnet», behauptete Richard Wagner, beeinflusst von seinem Mentor in Sachen Politik, Constantin Frantz, in seiner Abhandlung *Deutsche Kunst und deutsche Politik* (1867/68)[1]. In ihr bezichtigte er staatlichen Zentralismus der Kulturfeindlichkeit.

Gewiss, seine Motive waren allzu durchsichtig: Er brauchte Förderer und schmeichelte dem bayerischen Königshaus, das auch 1868 auf dynastische Pluralität in Deutschland setzte. Und dennoch besteht wenig Zweifel daran, dass Wagner sich ernsthaft mit föderalistischem Gedankengut auseinandergesetzt hat. Für ihn wie für andere Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle (man denke an Gottfried Keller) stellte der Föderalismus eine Möglichkeit dar, eine politische *«prästabilierte Harmonie»* in der Gesellschaft zu verwirklichen.

In dubio pro varietate. Gottfried Keller ging in seiner (in der Schweiz nach wie vor berüchtigten) im Jahre 1872 gehaltenen *Trinkrede* so weit, eine Föderation des Deutschen Reiches mit der Eidgenossenschaft zu fordern. Föderalismus und Supranationalismus verbanden sich in Kellers damaliger Vision. Er setzte auf die *«föderalistische Vielfalt ... gegen die triumphierende Einfalt des Profitprinzips»*[2].

Fraglos hatte Keller als erster die Notwendigkeit erkannt, dass Föderationen einer integrierenden Kraft bedürfen, um ihrerseits Identität stiften zu können. Diese Kraft sah er im staatsbürgerlichen (Kultur-)Bewusstsein. Schon im *Grünen Heinrich* warnte er davor, die Identität eines Volkes auf sein *«gemeinsames Profitstreben»* zu reduzieren. Mit beissender Ironie vermerkt er: *«Da dies* (sc. die ‹Identität der Nation›) *aber am bequemsten durch allerlei Gemünztes zu erreichen und zu sichern ist, so betrachten sie jeden, der mit dergleichen wohlversehen, als einen gerüsteten Verteidiger und Unterstützer der Identität und sehen ihn darum an.*[3]*»*

Der Rubel überrollt die Bewusstseinsarbeit. Wirft dieser Schatten aus der Vergangenheit des Kapitalismus nicht ein bezeichnendes Licht auf die jüngste (deutsche) Gegenwart? Bestätigt nicht auch Keller, was heute für Grass und andere gilt, dass nämlich die Nation nur in gründlich föderierter, also entschieden dezentralisierter Gestalt akzeptabel ist?

Bis heute vermögen wenige deutsche Intellektuelle mit dem Gedanken der Nation fertig zu werden, wie Dahrendorf zutreffend festgestellt hat[4]. Selbst Max Weber befand, dass die Nation allenfalls als synthetischer Begriff von Wert sei, der bestimmte *«Gemeinschaftshandlungen»* bezeichne, die aus einem spezifischen, aber nur schwer zu bestimmenden Solidaritätsempfinden resultierten[5].

Vom jeweiligen Niveau des staatsbürgerlichen Bewusstseins und der Rechtsstaatlichkeit, die in einem Gemeinwesen herrschen, hängt die soziale Verträglichkeit dieser Wandlungen ab; denn nicht jede Gemeinschaftshandlung wird von allen sozialen Gruppen getragen. Zu einer sozial förder-

lichen staatsbürgerlichen Gesinnung gehört es, angemessene Verfahrensweisen zu entwickeln, um die in jedem Gemeinwesen ständig auftretenden Zielkonflikte zu lösen.

Hier wiederum fällt dem Föderalismus als politischem Strukturprinzip eine wichtige gesellschaftliche Rolle zu: Er wirkt nicht nur als ein eigenständiger Faktor in der Gewaltenteilung: überdies verhilft er dem Subsidiaritätsprinzip als dem Kernstück jeder sozial sinnvollen Gemeinschaftshandlung politisch zur Geltung.

Föderalismus und Subsidiarität ergänzen sich wechselseitig; denn indem der Föderalismus dezentralistische, regionale und somit vielfältig differenzierte Entscheidungsebenen und politische Erfahrungsbereiche schafft, stellt er Spielräume für subsidiaritär ausgerichtete soziale Handlungen bereit: die jeweiligen Entscheidungsebenen unterstützen sich gegenseitig, beziehungsweise die jeweils nächst höhere Handlungsinstanz tritt nur dann in Aktion, wenn die Mittel und Möglichkeiten der ihr untergeordneten politischen Einheit erschöpft sind. Das Subsidiaritätsprinzip seinerseits legitimiert durch seine Funktionsweise die föderalistische Auffächerung des Gemeinwesens.

Das spezifische Interesse der (deutschen) Schriftsteller und Intellektuellen am Föderalismus liegt hier begründet; denn er ist eine ordnungspolitische *und* soziale Grösse, desgleichen ein probates Mittel, eine innerstaatliche Balance der sozialen und kulturellen Interessen und Gegensätze herzustellen. Diese dynamische Balance halten viele Intellektuelle für eine akzeptablere Mitte als ein nationales Entscheidungszentrum.

Dahinter steht auch der Gedanke, dass aus jeder Peripherie eine Mitte und aus jedem Zentrum ein Randgebiet werden kann; der Föderalismus scheint in der Tat für diese gegenläufigen Prozesse den geeigneten Rahmen zu bieten: einst strukturschwache Länder können durch eine föderale Umverteilungspolitik an Bedeutung gewinnen (nach dem Motto: Sachsen, das Bayern der Zukunft).

II.

Manche Schriftsteller, Grass gehört zu ihnen, unterhalten eine kuriose Unschärfebeziehung zur Idee des Föderalismus; sie glauben, dass er ohne einen integrierenden Faktor, ohne ein verbindendes Interesse bestehen könne. Zudem gehen sie davon aus, dass der Föderalismus die nationale Identität obsolet mache; Grass plädiert dabei für eine Einigkeit, die Einheit nicht voraussetze[6]. Diese Einigkeit könne sich dann in einer Konföderation zweier oder mehrerer deutscher Staaten mit ihrerseits föderalistischen Strukturen verwirklichen oder in einem *«Bund deutscher Länder»*[7]. Er stellt sich aber nicht der Frage, ob eine solche Struktur, die an der Idee der Kulturnation festhält, aber die Staatsnation zu verhindern sucht, für die Bevölkerung psychologisch befriedigend bleiben kann.

Denn ist es nicht auch eine Tatsache, dass sich in jenen Epochen, in denen es in Deutschland Konföderationen gegeben hat, denken wir an Metternichs Konstruktion des Deutschen Bundes, die nationale Mythenbildung verschärfte, der Traum vom «wirklich» einigen Reich?

Man erklärte die «Kultur» zum Schutzgebiet, in dem eine Art nationale Ersatzbefriedigung stattfand. Diese politisch ungesättigten Mythen konnten dann zum gefährlichen Nährboden

für Nationalismus und Rassismus werden. Eines nämlich vermag eine blosse Kulturnation nicht: innerhalb der Völkergemeinschaft politisch Verantwortung zu übernehmen. Nach Dahrendorf solle nun diese Kulturnation in eine Staatsbürgernation überführt werden, in eine *«nicht-nationalistische Nation»*, bewohnt von *«Verfassungspatrioten»*, deren erste Bürgerpflicht heisst: Arbeit am inter-kulturellen Bewusstsein[8].

Zustimmend zitiert er Habermas, der beklagte, dass in Deutschland seit 1848 *«keine wechselseitige Befruchtung von ‹nationaler Wirklichkeit› und ‹republikanischer Gesinnung›»* stattgefunden habe[9]. Nunmehr haben sich die Bedingungen der nationalen Wirklichkeit geändert wie auch jene der republikanischen Gesinnung. Paul Tillich notierte bereits 1943, dass künftig für die Völker alles darauf ankomme, *«das Nationale dem Menschheitlichen unterzuordnen»*[10]. Und heute stellen wir fest, dass die *«nationale Wirklichkeit»* von zwischenstaatlichen Bedingtheiten geprägt wird; ebenso gehört es zur *«republikanischen Gesinnung»*, an der Schwelle zum neuen Jahrtausend, transnational denken und handeln zu können und die eigene Identität in multikulturellen Zusammenhängen zu suchen.

Doch auch in dieser Hinsicht gilt, dass wir uns nicht in einen vagen Internationalismus flüchten dürfen, um unseren nationalen Problemen zu entkommen. Anderseits wäre es verfehlt, ihre Lösungen von zwischenstaatlichen Prozessen trennen zu wollen.

Die Frage ist, wie wirkungsvoll der Föderalismus in diesem Zusammenhang sein kann. Das rege Interesse am Föderalismus unter deutschen Intellektuellen hat unterstrichen, dass es sich bei ihm um keinen statischen, sondern um einen dynamischen Begriff handelt. *«Er beschreibt nicht primär einen rechtlich fixierten Zustand, sondern einen Prozess, eine Bewegung, in der sich zwischen Einheit und Vielfalt ständig neu wechselnd Integrationen und Desintegrationen und Gleichgewichtslagen herstellen.*[11]»

Natürlich können wir uns nicht damit begnügen, den Föderalismus auf ein einziges Prinzip einzuschränken, wie dies Hugo Preuss in seinem Verfassungsentwurf für die Weimarer Republik getan hat. (Für ihn bestand *«das einzig legitime Erbe des Föderalismus»* im *«dezentralisierten Einheitsstaat»*, den er durch provinziale und kommunale Selbstverwaltung gewährleistet sah[12]. Diese verwaltungstechnische Beschneidung des Föderalismus kam den Deutschen letztlich teuer zu stehen.) Ein nach aussen hin offener Föderalismus eignet sich vielmehr als Struktur, die Regionalität und Internationalität zueinander fruchtbar in Beziehung setzt; man halte sich hierbei nur die (keineswegs vergeblichen) Versuche der deutschen Bundesländer vor Augen, am politischen Entscheidungsprozess in der Europäischen Gemeinschaft aktiv beteiligt zu werden; gleiches gilt für die Regionalpolitik Brüssels, die sich dort sinnvoller durchsetzen lässt, wo föderalistische Strukturen vorhanden sind.

III.

Nur als föderierte Verantwortungsgemeinschaft, so die einhellige Meinung der Intellektuellen, sei das Dasein eines vereinigten Deutschlands gerechtfertigt. Sogar Martin Walser räumt inzwischen ein: *«Je föderalistischer dieses Deutschland sich bildet, um so erträglicher wird es sein.*[13]» Seit Karl Jaspers' Untersuchung *Freiheit und Wiedervereinigung* (1960) galt dagegen unter kritischen Intellektuellen die

These, dass sich die deutsche Einheit in Freiheit nur *kon*föderativ vorstellen lasse[14]. Die politischen Ereignisse seit November 1989, gleich wie wir zu ihnen stehen, haben diese Prämisse freilich widerlegt. In Deutschland kann es nicht mehr länger darum gehen, auch unter Intellektuellen nicht, Kulturnation und Staatsnation gegeneinander auszuspielen, sondern darum, das föderalistische Prinzip weiter zu stärken. Der deutsche Föderalismus kann an politischer Substanz entscheidend gewinnen durch das Hinzukommen von fünf Bundesländern, die im Gegensatz zu manchen westdeutschen Länder-Kunstprodukten (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz usw.) historisch gewachsen sind. Föderalismus gewährleistet die Möglichkeit für die Bürger, auf verschiedenen politischen Entscheidungsebenen aktiv werden zu können, und fördert damit die Demokratisierung der Gemeinschaft. Föderalismus *ist* demnach ein Bestandteil politischer Bildung.

Eine föderative Verfassung kann aber nur dann einen wirklichen Zugewinn an *«republikanischer Substanz»* (Dieter Henrich) bedeuten, wenn sich keine *«immobilen Länderkartelle bilden»*[15]. Das *«Solidaritätsempfinden»*, das Max Weber für einen zentralen, die Nation definierenden Wert gehalten hatte[16], muss sich dabei gegen jenes Denken durchzusetzen wissen, das sich in bestimmten Staatskanzleien auf das Erzielen kurzfristiger Vorteile richtet.

IV.

Kehren wir nochmals zu der Frage zurück, warum nach deutscher Intellektuellenart die (Staats-)Nation durch den (Kon-)Föderalismus ausgeschaltet werden solle. Von Jaspers bis Grass lautet die Antwort: Weil die deutsche Nation untilgbare Schuld auf sich geladen hat. Das führt bei Grass sogar dazu, politische Einheit in Deutschland und das föderalistische Prinzip als *«unvereinbare Gegensätze»* vorzustellen.

Welche Art *«deutsche Nation»* und welche Qualität der *«politischen Freiheit»* meint er? Doch offensichtlich jene, die entstanden ist, weil die nationale Selbstfindung 1848/49 im Namen des (damals) restaurativen Konföderalismus, des Deutschen Bundes, verhindert wurde. Die Repression nationaler Selbstverwirklichung führte letztlich zu einem rein machtpolitisch orientierten und bald alldeutsch ideologisierten Verständnis von Nation, das mit den Idealen der Paulskirche so gut wie nichts gemein hatte. Dieser Typus Nation ist zu überwinden, aber doch nicht dadurch, dass man auf das Prinzip einer *nationalen* Konföderation zurückgeht, die einst Preussen als machtpolitische Plattform diente. So sinnvoll konföderative Strukturen auf *inter*nationaler Ebene sind, ihre binnen-nationale Wirksamkeit steht zumindest in Deutschland in Frage.

Nunmehr kommt es im vereinigten Deutschland darauf an, dem Nationalen eine neue Qualität zu geben. Die multikulturellen Dimensionen unserer Lebenserfahrung und unsere Sozialisation unter pluralistischen Vorzeichen sorgen dafür, dass das Nationale nicht länger im Zentrum unserer Aufmerksamkeit verbleiben kann. Es ist *ein* Aspekt des Pluralismus und nur einer der vielen sozial integrierenden Faktoren. Seine Potenz hängt von der Bereitschaft jedes einzelnen ab, offen zu sein gegenüber multikulturellen Einflüssen, und davon, ob wir uns auf das Fremde einzulassen bereit sind. Wer das

Fremde, das Andere nur als Bedrohung empfindet und nicht als Bereicherung, dürfte freilich immer allzu willig in den *«Mutterschoss der Nation»* (Sloterdijk) zurückkehren.

Gegenwärtig finden sich keine besseren Rahmenbedingungen als jene der Europäischen Gemeinschaft, um sich vom nationalen Ethos zu emanzipieren; inzwischen hat sich auch gezeigt, dass die Europäisierung der Nationen und die Regionalisierung Europas sich wechselseitig ergänzen. Und die Struktur dieser «Ergänzung» weist deutlich föderalistische Züge auf.

Grass, Habermas und andere beklagen, dass die Eigendynamik der Wirtschaft zum Hauptkatalysator der Vereinigung der beiden deutschen Staaten geworden sei. Habermas fragte: *«Lenken die wirtschaftlichen Probleme den Einigungsprozess in nüchterne Bahnen? Oder wird die D-Mark libidinös besetzt und in der Weise emotional aufgewertet, dass eine Art wirtschaftsnationale Gesinnung das republikanische Bewusstsein überwältigt?*[17]*»*

Auch Habermas hält den Föderalismus für die beste Antwort auf die *«triumphierende Einfalt des Profitprinzips»*. Er betont den kausalen Zusammenhang zwischen der Entwicklung zu einer *«multikulturellen Gesellschaft»* und einem *«regional weit aufgefächerten Bundesstaat mit starken föderativen Kompetenzen»*[18].

Für Habermas kommt es darauf an, dass wir als Verfassungspatrioten dazu beitragen, dass sich die *«staatliche Integration heute auf drei Ebenen simultan vollzieht»*, und zwar immer im Blick auf das eigentliche Ziel: die Herausbildung eines *«Nationalitätenstaates»* im Kontext eines vereinigten Europas.[19]

V.

Als politisch-konstitutionelles Konstruktionsprinzip eines pluralistischen Gemeinwesens erfreut sich der Föderalismus wachsender Sympathien (nicht nur in Deutschland). Innere Ausgewogenheit, Aktivierung der Ränder sowie interkulturelle Prozesse, so die Meinung unter politischen Ästheten, seien auf föderalistischem Wege am ehesten zu erreichen. Dabei spielt eine mittlerweile stärker gewordene teleologische Komponente, die sich mit dem Föderalismus verbindet, eine erhebliche Rolle, wie besonders Grass und Habermas zeigen. Als Ziel der Nachkriegsgeschichte bildet das *«vereinigte Europa»* den Sinnkern der föderalistischen Denkweise; ihre Voraussetzung ist, dass der Föderalismus das wirkungsvollste strukturelle Mittel sei, um den Nationalismus auszuschalten. Anders gesagt: diese Denkweise kann einen bloss nationalen Föderalismus nicht akzeptieren; denn sie behauptet, dass der Föderalismus das Transnationale immer miteinschliesse.

Seit Novalis, seit seinem 1799 geschriebenen visionären Entwurf *Die Christenheit oder Europa,* gehört diese Behauptung zur ästhetisch-philosophischen Deutung des Föderalismus. Novalis prägte den Begriff *«Staat der Staaten»* und forderte ein *«Prinzip des Staatenvereins als intellektuale Anschauung des politischen Ichs»*[20], fraglos eine (waghalsige) Übertragung der (nationalstaatlich ausgerichteten) Staatslehre Fichtes auf eine internationalistische Ebene. Bezeichnend, dass Novalis seine föderative Konzeption einer (auf der Basis des reformierten christlichen Glaubens!) integrierten Staatengemeinschaft in Europa mit einer entscheidenden ästhetischen Qualität verbindet, mit jener der Sym-

metrie. Novalis unterstreicht die Notwendigkeit, dass Staaten eine *«symmetrische Grundfigur»* aufweisen[21]. Zwar bezieht diese sich in Novalis' Entwurf hauptsächlich auf die hierarchische Struktur des Staates, aber eben auch auf das innere Wechselverhältnis der Staaten zueinander im Sinne einer Vielfalt erzeugenden Gemeinschaft der Nationen.

Aus Novalis' Entwurf lässt sich lernen, dass föderalistische Vielfalt nur dann transnational wirken kann, wenn sie sich mit anderen, kulturellen Werten verbindet: Novalis setzte auf das christliche *Bekenntnis;* wir mögen heute friedenssichernde, soziale und ökologische *Interessen* nennen, politisch-ökonomische Interdependenzen, die *per se* internationaler Art sind, oder auch, als regulative Idee der transnationalen Föderalisierung, die Verwirklichung der *«kommunikativen Vernunft»* (Habermas)[22] in Gestalt einer fortschreitenden interkulturellen Vernetzung.

Und doch wissen wir, dass eine *«Totalintegration»* nicht das wünschenswerte Telos der Geschichte sein kann, wenn sie eine Einebnung der Unterschiede zur Folge hätte. Das Andere muss als etwas Anderes erkennbar bleiben. Völlige wechselseitige Angleichung im Namen der Integration müsste zu Lethargie und geistiger Verarmung führen. Ein strukturelles Gleichgewicht zwischen Akkulturation und fortschreitender Interessenvernetzung einerseits, und Bewahrung der kulturellen Identität, ja, womöglich des *«nichtidentischen Restes»* (Paul Tillich), dieses Gleichgewicht findet in föderalistischen Strukturen seinen einzigen Anwalt.

Als Thomas Mann 1922 sein republikanisches Bewusstsein entdeckte, begründete er dieses in seiner Rede *Von deutscher Republik* bezeichnenderweise mit einem Hinweis auf die föderalistische Tradition: *«Meine Heimat war ein republikanischer Bundesstaat des Reiches...»*[23].

Begreifen wir also den Föderalismus als eine Art Siegelbewahrer des (regional) Eigentümlichen *und* als Strukturprinzip pluralistischer Integration. Wer sich um ein verfassungspatriotisch orientiertes Denken bemüht, dürfte sich am ehesten mit einem föderalistisch ausgerichteten Gemeinwesen identifizieren können, weil es, innerstaatlich betrachtet, das Nationale durch die Bewahrung des Regionalen relativiert, und weil es, von aussen her gesehen, dank seiner integrationsoffenen Struktur, zwischenstaatliche Vernetzung fördert und in ihr das Nationale als (im Wortsinne Hölderlins) *Nationelles*[24] aufhebt. Föderalismus bleibt immer verfassungsgebunden; damit kann er nicht wertfrei sein. Die Einheit, die er stiftet, lebt von der ihr zugrundeliegenden Vielfalt. Als Rahmen des Konflikts *und* Ausgleichs regionaler oder zwischenstaatlicher Interessen trägt er entscheidend dazu bei, dass sich das, was an jener Einheit, die er zu schaffen vermag, national ist, anti-nationalistisch bewähren kann.

Rüdiger Görner

[1] In: Richard Wagner, Dichtungen und Schriften Bd. 8. Hrsg. Dieter Borchmeyer. Frankfurt am Main 1983, S. 269. — [2] Vgl. Adolf Muschg, Gottfried Keller (1977). Frankfurt am Main 1980, S. 147. — [3] Zit. nach: Ebd., S. 137. — [4] Ralf Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa. Stuttgart 1990, S. 122. — [5] Zit. nach: Ulrich Greiner, Das Phantom der Nation. In: «Die Zeit» vom 16. März 1990, S. 67. — [6] Günter Grass, Die kommunizierende Mehrzahl. In: Ders., Deutscher

Lastenausgleich. Frankurt am Main 1990, S. 106. — [7] Vgl.: Ders., Ein Schnäppchen namens «DDR». In: «Die Zeit» vom 5. Oktober 1990, S. 49. — Ähnlich argumentierte schon Hans Magnus Enzensberger in seinem Katechismus zur deutschen Frage. In: Kursbuch 4/1966, bes. S. 40 und 61. — [8] Dahrendorf, a.a.O., S. 123. — [9] Vgl. Jürgen Habermas, Die Stunde der nationalen Empfindung. Republikanische Gesinnung oder Nationalbewusstsein? In: Ders., Die nachholende Revolution. Frankfurt am Main 1990, S. 158 f. — [10] Zit. nach Peter Sloterdijk, Versprechen auf Deutsch. Frankfurt am Main 1990, S. 32. — [11] Thomas Nipperdey, Der Föderalismus in der deutschen Geschichte. In: Ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte (1986). München 1990, S. 71. — [12] Ebd., S. 106. — [13] Martin Walser, Vormittag eines Schriftstellers. In: «Die Zeit» vom 20. Dezember 1990, S. 60. — [14] Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung. Vorwort von Willy Brandt (Neuausgabe). München 1990, S. 45 f. — [15] Dieter Henrich, Eine Republik Deutschland. Frankfurt am Main 1990, S. 42. — [16] Vgl. Greiner, a.a.O. — [17] Habermas, Nochmals: Zur Identität der Deutschen. Ein einig Volk von aufgebrachten Wirtschaftsbürgern? In: Habermas, Die nachholende Revolution, a.a.O., S. 205. — [18] Ebd., S. 217. — [19] Ebd. — [20] Novalis, Die Christenheit oder Europa. In: Ders., Werke, hrsg. von Gerhard Schulz. München 1969, S. 515. — [21] Ebd. — [22] Vgl. Interview mit Hans Peter Krüger. In: Habermas, Die nachholende Revolution, a.a.O., S. 82 (Begriff von Krüger). — [23] Thomas Mann, Essays. Bd. 2 Politik. Hrsg. von Hermann Kurzke. Frankfurt am Main 1977, S. 66. — [24] Martin Walser führt in seinem Aufsatz Vormittag eines Schriftstellers (a.a.O.) auch eine Textstelle von Botho Strauss an (aus dem Gedicht Diese Erinnerung an einen, der nur einen Tag zu Gast war), in der Strauss den Begriff «nationell» in der (hölderlinschen) Bedeutung von «eigentümlich», «eigenwertig» gebraucht hat.